



Information für die Presse

SPD-Fraktion im Bad Homburger Stadtparlament

Ansprechpartner: Waldemar Schütze, An der Flurscheid 11, 61352 Bad Homburg

Telefon 06172/456427, Mobil 0171 3675260

Bad Homburg, 16. April 2010

Überdachte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Bad Homburger Schulen auf Antrag der SPD im Hauptausschuss beschlossen

Wie der Fraktionsvorsitzende der SPD, Waldemar Schütze, heute mitteilt, hat der Hauptausschuss in seiner gestrigen Sitzung auf Antrag der SPD beschlossen:

„Der Magistrat wird gebeten, mit dem Schulträger und ggf. mit der Bauabteilung des Kreises in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, an den Bad Homburger Schulen flächendeckend überdachte und diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zu errichten.“

Wir sehen einen direkten Zusammenhang, so Schütze, mit den vor wenigen Tagen in der Taunus Zeitung vom 10.04.2010 unter der Überschrift „Verkehrschao vor Bad Homburger Schulen“ und vom 12.04.2010 „Vorsicht Langfinger“ zum Diebstahl von Fahrrädern veröffentlichten Berichten. Denn wie wir aktuell ermittelt haben, trifft folgendes zu:

- die meisten Fahrräder werden vor Bad Homburger Schulen gestohlen
- alte Schulen haben nur ungesicherte Abstellplätze auf ihrem Grundstück
- wenn es regnet, benutzt kein Schüler sein Rad, weil es nirgendwo Überdachungen gibt
- und was wir als politischen Skandal empfinden: Dass bei keiner neuen Schule in Bad Homburg ein Fahrrad-Keller oder eine witterungs- bzw. diebstahlsichere Abstellmöglichkeit geplant und umgesetzt wurde
- das erste Erkenntnisse aus der Befragung von Schülern ergeben haben, dass man schon gerne mit dem Rad fahren würde, nur die Frage übrig bleibt, wo es sicher und trocken an der Schule abgestellt werden kann.

„Wir sind der Auffassung, dass bei überdachten, diebstahlsicheren Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an den Bad Homburger Schulen sowohl dem Verkehrschao, als auch dem Diebstahl von Fahrrädern wirksam begegnet werden kann. Nach diesem mit großer Mehrheit gefassten Beschluss gehen wir davon aus, dass der Magistrat mit dem Schulträger und/oder mit der Bauabteilung des Kreises baldmöglichst in Gespräche eintritt, damit das Ziel überdachte und diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in Bad Homburger Schulen zeitnah geschaffen werden können,“ so Waldemar Schütze abschließend.

- 2 -



Information für die Presse

SPD-Fraktion im Bad Homburger Stadtparlament

Ansprechpartner: Waldemar Schütze, An der Flurscheid 11, 61352 Bad Homburg

Telefon 06172/456427, Mobil 0171 3675260

Bad Homburg, 16. April 2010

Hinweis zu den Anträgen der SPD-Fraktion, die ebenfalls im Hauptausschuss am 15.04.2010 behandelt wurden:

- **Kommunaler Finanzausgleich.** Der Antrag der SPD

„Der Magistrat wird gebeten, folgende Entschließung einschließlich Begründung an die Hessische Landesregierung weiterzuleiten:

Die Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Bad Homburg fordert die Hessische Landesregierung auf, alle zusätzlichen Belastungen für die Kommunen abzuwehren, alle Vereinbarungen und Zusagen einzuhalten und von der vorgesehenen Kürzung des Kommunalen Finanzausgleiches in Höhe von 400 Millionen Euro Abstand zu nehmen“

scheiterte an der Ablehnung von CDU und FDP mit der völlig unpolitischen und wenig sachlichen Begründung, dass das keine Initiative ist, die Bad Homburg betrifft. Nicht nur Waldemar Schütze widersprach dem ganz massiv, sondern auch Oberbürgermeister Michael Korwisi wie auch der Fachbereichsleiter Matern, da bereits heute allein aus der Einkommensteuer fast 4 Millionen €. im städtischen Haushalt fehlen und auch weitere Auswirkungen aus verschiedenen Neuerungen der Landes- und Bundesgesetzgebung zu Lasten der Kommunen zu befürchten sind.

Ziel der SPD war es auch, Solidarität mit finanzschwachen Kommunen zu beweisen und den Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung mit dieser Resolution abzuwehren.

Wir übersenden Ihnen hierzu unsere Pressemitteilung vom 17. März 2010.

- **Einhaltung von Parlamentesbeschlüssen:**

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Prozessschritten gewährleistet werden kann, dass künftig Parlamentsbeschlüsse von der Verwaltung eindeutig umgesetzt werden. Dem Hauptausschuss sind entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.“

Ein Grund für diesen Antrag war vor allem die Nichteinhaltung des Parlamentsbeschlusses zum B-Plan 55-Philipp-Reis-Straße, in dem bezahlbarer Wohnraum vom Parlament beschlossen, aber später nicht gebaut wurde. Dies, obwohl die Verwaltung, wie im anschließenden Akteneinsichts-Ausschuss bekannt wurde, sehr wohl Kenntnisse über die später realisierte Bebauung hatte.

In der Diskussion wurde deutlich, dass es Fehlentwicklungen gab, die nach Meinung der SPD durch ein funktionierendes Prozessmanagement verhindert hätten werden können, indem die Abläufe festgelegt werden, die bei der Umsetzung von Parlamentsbeschlüssen einzuhalten sind. „Wir müssen aus den Fehlern lernen, die hier passiert sind“, so SPD-Chefin Elke Barth in der Antragsbegründung. Der Magistrat wurde dann einstimmig letzten Endes beauftragt, entsprechende Vorschläge dem Hauptausschuss zu unterbreiten.